

Sicherheitsdebatte in Villach: Leichtfried warnt vor digitalem Extremismus!

Staatssekretär Leichtfried diskutiert in Villach über Sicherheitspolitik, Extremismus und Integration am 4. Juli 2025.



Villach, Österreich - Staatssekretär Jörg Leichtfried hat in Villach zentrale Fragen der modernen Sicherheitspolitik angesprochen. Gemeinsam mit Bürgermeister Günther Albel setzte er sich mit der Zunahme extremistisch motivierter Tendenzen und der Bedrohung durch digitale Netzwerke auseinander. Ein besonders alarmierender Punkt war die verdoppelte digitale Radikalisierung seit 2022, die in der jüngeren Bevölkerung zu beobachten ist. Leichtfried stellte fest, dass extremistische Gruppen soziale Netzwerke, Messenger-Dienste und Gaming-Plattformen gezielt nutzen, um Kinder und Jugendliche zu manipulieren. Es ist eine besorgniserregende Tendenz, die nicht unbeachtet bleiben sollte.

Wichtig war auch der Besuch einer Polizeidienststelle, wo Leichtfried die Notwendigkeit von Reformen im Integrationsbereich betonte. Er definierte soziale Sicherheit als das Leben in einer demokratischen und toleranten Gesellschaft, in der weder Angst noch Gewalt einen Platz haben sollten. Der SPÖ-Gemeinderatsklub in Villach stellte klar, dass Sprache, Bildung und Arbeit als fundamentale Grundlagen für einen dauerhaften Aufenthalt angesehen werden. Außerdem gehört es dazu, dass straffällig gewordene Personen das Land verlassen müssen, jedoch unter Berücksichtigung rechtsstaatlicher Prinzipien und der Menschenwürde.

Integration und Verantwortung

Bürgermeister Albel betonte die erfolgreiche Integrationsarbeit in Villach, wobei er klarstellte, dass diese Arbeit klare Regeln, Sprachkenntnisse und gegenseitigen Respekt erfordere. „Verantwortung für die Gemeinschaft und Werte“, so Albel, „sind notwendig, um ein harmonisches Zusammenleben zu gewährleisten.“ In diesem Zusammenhang hob er die Bedeutung der Überwachung von Gefährdern im digitalen Raum hervor. Diese Maßnahme soll dazu beitragen, Extremismus und Gewalt rechtzeitig zu bekämpfen.

Der Abschlussbericht „Mainstreaming und Radikalisierung in sozialen Medien“, der im November 2022 veröffentlicht wurde, thematisiert die Online-Radikalisierung und eine strategische Verschiebung des öffentlichen Diskurses hin zu radikaleren Positionen, ohne dass dabei eine direkte Assoziation zu spezifischen Ideologien erkennbar ist. Dies kann die Reaktionsschnelligkeit gegenüber extremistischen Ideologien verringern und deren Einfluss in der Gesellschaft verfestigen. Das Protestgeschehen rund um die Covid-19-Pandemie illustriert anschaulich die Rolle sozialer Medien für die Kommunikationsstrategien extremistischer Akteure, was die Rezeption von Narrativen in individuellen Radikalisierungsprozessen unterstreicht, wie **verfassungsschutz.de** berichtet.

Extremismus im digitalen Raum

Im digitalen Raum nutzen Extremisten verschiedene Kommunikationskanäle zur Verbreitung ihrer Überzeugungen und platzieren ideologisches Gedankengut geschickt im medialen Mainstream. Besonders soziale Medien wie YouTube und Instagram haben sich als relevante Plattformen etabliert, da sie eine große Fangemeinde unter Jugendlichen und jungen Erwachsenen anziehen. Materialien auf diesen Plattformen werden häufig ohne einen klaren extremistischen Rahmen wahrgenommen, was ihre Kampagnen besonders perfide macht.

Die zunehmende Regulation sozialer Medien, etwa durch das Netzwerkdurchsuchungsgesetz (NetzDG), führt dazu, dass private Kommunikationskanäle, wie Telegram, mehr an Bedeutung gewinnen. Diese Kanäle ermöglichen es Extremisten, sich abseits der Öffentlichkeit auszutauschen und der Kontrolle durch Sicherheitsbehörden zu entziehen. Die verborgene Kommunikation, auch bekannt als „Dark Social“, stellt eine erhebliche Herausforderung für die Prävention von Extremismus dar, wie **lmz-bw.de** erklärt.

Staatssekretär Leichtfried schloss seine Ausführungen mit dem klaren Ziel, soziale Sicherheit sowie demokratische Werte und ein friedliches Zusammenleben durch eindeutige Regelungen und mutige Reformen zu fördern. In Anbetracht der Herausforderungen, die durch digitale Radikalisierung entstehen, sind ein kohärentes Vorgehen und ein Mehr an Zusammenarbeit zwischen Politik, Gesellschaft und Sicherheitsbehörden unerlässlich.

Details	
Vorfall	Extremismus
Ort	Villach, Österreich
Quellen	• www.klick-kaernten.at • www.verfassungsschutz.de • www.lmz-bw.de

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at